

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 448

Mittwoch, 18. November 2009

16. Jahrgang

„Für den Finquero kommt die Abgabe von Landbesitz einer Demokratisierung Guatemalas gleich“

Rund 40% der guatemaltekischen ArbeiterInnen sind auf dem Land beschäftigt und trotzdem wurden die KleinbäuerInnen von den verschiedenen Regierungen konsequent übergangen. Auch die aktuelle Regierung ist laut Helmer Velásquez, Direktor der *Koordination von Nichtregierungsorganisationen und Kooperativen* (CONGECOOP), dabei trotz verschiedener Programm wie z.B. *Pro Rural* keine Ausnahme. Im Interview mit Inforpress setzt er sich deutlich für eine Agrartransformation ein, die durch sinnvolle Gesetze erreicht werden kann. Dass dies eine Notwendigkeit ist, wird spätestens dann klar, wenn wie jedes Jahr im August der Hunger einsetzt, was dieses Jahr nach längerem Ausbleiben des Regens in einer regelrechten Katastrophe endete.

Frage: Dem Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Ernährung (MAGA) wurde das Budget 2009 erheblich gekürzt und dafür das Programm *Pro Rural* gefördert ...

Helmer Velásquez: Dies war ein strategischer Fehler, dessen sich die Regierung wohl bewusst war, mit dem aber wahlpropagandistische Absichten verfolgt wurden. Dem MAGA kürzte man das Budget, während jenes von *Pro Rural* angehoben wurde. *Pro Rural* ist wie eine grosse NRO oder ein Sozialfond. Es erlaubt der Regierung, viele AktivistInnen der Wahlkampagne einzubinden, sowohl in Führungspositionen als auch in landwirtschaftlichen BeraterInnenpositionen – Vetternwirtschaft sozusagen. Das Programm hat ein Budget von 1,8 Milliarden Quetzales, 800 Millionen mehr als das MAGA. Die Verteilung von Düngemitteln ist ein Teil des Programms, es sieht aber auch die Unterstützung für Mais- und Kaffeeanbau vor ... theoretisch ist es ein interessantes Projekt, besitzt aber eine sehr begrenzte und punktuelle Reichweite (es erreicht nur die ärmsten Bezirke). Auch ist es gut möglich, dass es die nächste Regierung in der Versenkung verschwinden lassen wird. *Pro Rural* wird direkt durch die Präsidentschaft kontrolliert. Es wurde zwar ein Koordinationsbüro gegründet, aber dieses hat sich im vergangenen Jahr nicht ein einziges mal versammelt. Deshalb ist es leichter, auf die Gelder von *Pro Rural* Einfluss zu nehmen als über das MAGA. Auch ist der Leiter von *Pro Rural* einer der Chefs der Firma Disagro, welche 75% der gesamten Düngemittel des Landes importiert. *Pro Rural* ist eindeutig politischer Natur und zur Unterstützung der Wahlkampagne im Dienste der Regierungspartei geschaffen worden.

Frage: Ist die Regierung dabei, mit *Pro Rural* ein längerfristiges politisches Projekt zu konstruieren?

H.V.: Ja, ganz eindeutig. Wir haben Beamte davon reden hören, dass Berchnungen bezüglich WählerInnenstimmen angestellt wurden. Die Stimmen werden gewonnen, indem einzelnen Personen wirtschaftliche Vorteile verschafft werden – wie dies z.B. auch mit dem Programm *Mi Familia Progres*a geschieht. Deshalb werden auch BäuerInnenorganisationen gegründet, die dann bei der Düngemittelverteilung die Koordinationsrolle übernehmen. Es ist eine Strategie, die kaltblütig auf WählerInnenstimmen abzielt und bei Menschen in prekärer Situation funktioniert. Dies ist auch der Grund, warum diese Programme so schlecht funktionieren und kaum eine positive Wirkung haben. Guatemala braucht nicht nur kompensatorische Massnahmen, sondern solche, die in Bereiche wie Kreditvergabe, Landverteilung und Infrastruktur greifen. Die Regierung denkt nicht wirklich an ländliche Entwicklung. Ein klares Zeichen dafür ist, wie der Dialog über ländliche Entwicklung geführt wird. Im März 2008 begann diese Debatte, und wir sind zu zwei Einigungen gekommen: das Vorprojekt zum Gesetz der ländlichen Entwicklung und das Abkommen über Politik bezüglich KleinbäuerInnen. Das Vorprojekt sollte der Präsident am 14. Januar dem Kongress vorstellen, was er aber nicht tat. Und was die Politik zu KleinbäuerInnen betrifft, wurde sie nicht einmal ins Budget aufgenommen.

Frage: Was genau beinhaltet die Politik bezüglich der KleinbäuerInnen?

H.V.: Sie beinhaltet neue Elemente. Zum Beispiel ist die familiäre Landwirtschaft jetzt eine Priorität für das MAGA. Ein anderer Arbeitsansatz dieser Politik ist die Demokratisierung des Zugangs und der Nutzung des Landes. Es ist noch keine Landreform, aber enthält einige Elemente davon. Der Staat seinerseits verpflichtet sich, Nahrungsreserven anzulegen und die Lebensmittel, die sie in Gefängnissen, Krankenhäusern etc. brauchen, den KleinbäuerInnen abzukaufen. Dies scheint allerdings auch der einzige Punkt zu sein, in dem die Politik wirklich angewendet wird.

Frage: Das Modell von FONTIERRA (Landfonds) wurde einer Agrarreform, die über den Markt funktioniert, gleichgesetzt. Was genau versteht man darunter?

H.V.: FONTIERRA ist eine Idee der Weltbank, die in die Friedensabkommen mit aufgenommen wurde. Die Idee beinhaltet, eine Institution zu erschaffen, welche staatliches Land verwaltet und auch aufkauft. Man könnte es auch eine Bank für Ländereien nennen. Die Weltbank schlug ausserdem vor, Steuern auf Land zu erheben, besonders auf das Land, das nicht genutzt wird. Allerdings wurde dieser Teil der Idee nicht übernommen. Die von FONTIERRA verwalteten Ländereien werden unter den BäuerInnenfamilien, die eine Anfrage stellen, aufgeteilt. Wenn dies geschieht, zahlt FONTIERRA den Finquero, dem das Land gehört, aus, und die BäuerInnengruppe gibt das Geld dem Landfond innerhalb der nächsten 15 oder 20 Jahre zurück. Überdies unterstützt der Staat die Familien durch ein Startkapital. Allerdings wurde dieses theoretische Modell in Guatemala nicht verwirklicht. Es gab sehr viele Anfragen von BäuerInnen, aber nur sehr wenig Angebote von Land, welches noch dazu von schlechter Qualität war und zu sehr hohen Preisen von den Finqueros verkauft wurde. Das Modell war ein Reinform, da es niemanden gab, der Druck ausübte. Auch hätte der Staat FONTIERRA während seiner zehn Jahre Existenz 300 Millionen Quetzales pro Jahr zukommen lassen müssen, tat dies aber nicht, so dass der Landfond heute bankrott ist. Was Guatemala wirklich braucht, ist eine Landreform, die auch enteignen kann. Aber es wurde ja noch nicht einmal der erste Schritt getan, der wäre, die Friedensabkommen zu erfüllen. Zum Beispiel wurde das ganze Gebiet der *Franja Transversal del Norte* an korrupte Militärs und Politiker ... Als erstes müsste dieses Land zurückgeholt und an die BäuerInnen verteilt werden.

Frage: Muss eine Politik, die die Interessen der BäuerInnen vertritt, auch gleichzeitig gegen die Interessen der Finqueros gehen?

H.V.: Nein. Es geht darum, sich auf nationaler Ebene auf ein Entwicklungsmodell zu einigen, so wie es die Friedensabkommen versucht haben. Warum kann man einem Finquero nicht vorschlagen, weniger Land zu besitzen, dieses aber produktiver zu bearbeiten, indem er in Technologie investiert? Aber das ist noch sehr utopisch. Landbesitz ist und bleibt ein Faktor der Macht, und Land wegzugeben, wäre für die Finqueros gleichbedeutend mit einer Demokratisierung Guatemalas. Das kommt daher, dass die Oligarchie eine archaische Vision davon hat, was Entwicklung ist, und diese stützt sich in ihrer Sicht hauptsächlich auf niedrige Löhne. Ein guter Teil der Land besitzenden Oligarchie hat sich in den letzten 20 Jahren in Finanzagenten gewandelt, aber trotzdem behalten sie ihre Ländereien. Es ist klar, dass sie andere Möglichkeiten haben, Reichtum anzuhäufen als durch Landwirtschaft. Dazu kommt noch, dass derzeit eine erneute Besitzkonzentration von Land stattfindet, um Zucker und Ölpalmen anzubauen.

Frage: Sind die Lebensbedingungen für die Finca-ArbeiterInnen nicht besser als die der KleinbäuerInnen? Und welchen Einfluss hat der Anbau von Monokulturen?

H.V.: Das Problem ist, dass es hauptsächlich die gleichen Personen sind. Die KleinbäuerInnen, die nicht genug Land besitzen, um das ganze Jahr davon leben zu können, werden auf einer Finca arbeiten gehen. In den Fällen, in denen die BäuerInnen von ihrem Land vertrieben werden und wo dann Zuckerrohr angebaut wird, bietet man ihnen wenigstens drei Monate Arbeit pro Jahr – während der Erntezeit. Was die Ölpalme betrifft, da sieht das Ganze noch schlimmer aus, da der Anbau nicht viele ArbeiterInnen benötigt. Die Leute werden vertrieben, und es werden nicht einmal Arbeitsplätze geschaffen. Auch widerspricht der Anbau von Monokulturen und Exportprodukten dem Hauptziel der Landwirtschaft, welches die Garantie der Lebensmittelsicherheit der Bevölkerung sein sollte. Land ist nicht nur ein Produktionsmittel, sondern eine Lebensform, und im Fall der Mayas ist es die Grundlage einer Kosmvision. Dies spielt allerdings im Agrarhandel, der weder sichere Arbeitsplätze schafft noch sich um gute Arbeitsbedingungen kümmert, keine Rolle. Es ist problematisch, dass viele glauben, man produziere nur für den Markt des Nordens. Monokulturen werden immer ein Problem sein, aber die Lage sähe schon anders aus, wenn mehr ProduzentInnen die Möglichkeit hätten, sich in den Markt zu integrieren. Das würde Guatemala den gleichen Sprung erlauben, den auch Costa Rica getan hat, als das Land 1948 eine Landreform durchführte.

Frage: Ist es heutzutage nicht wirtschaftlich einträglicher, Nahrungsmittel zu importieren als sie anzubauen?

H.V.: Man machte uns glauben, dass der Überschuss, den der Norden produziert, es unnötig macht, selbst anzubauen. Wieso auch? Dazu ist die Landwirtschaft hierzulande viel zu risikoreich. Es ist doch besser, die Produkte der USA abzukaufen. Und diese These verwandelte sich in eine offizielle Politik mit dem Ergebnis, dass die Landwirtschaft abgebaut wurde. Was man uns aber nicht sagte, war, wie hoch die Preise sein würden. Zur Zeit haben die Familien, die selbst Mais anbauen, weniger Probleme als jene, die von importiertem Maismehl leben, welches vor allem aus Mexiko kommt. Das Mehl wird ohne Besteuerung eingeführt, die Ersparnisse kommen aber nicht den Konsumenten zugute. Dementsprechend sind die Freihandelsabkommen (TLC) im Sinne der Importeure. Guatemala exportiert nicht wirklich Produkte, vom Zucker mal abgesehen. Der Export in die USA ist mit der Unterschrift unter das TLC nicht gewachsen, der Import hingegen schon. Auf der anderen Seite wuchs der Export nach Zentralamerika und Europa.

Frage: Sollte die Landwirtschaft nicht wenig technifiziert bleiben, damit sie weiterhin eine grosse Anzahl an Arbeitskräften absorbieren kann?

H.V.: Die Agrarreform soll dazu dienen, die Entwicklung des Landes zu fördern. Die zweite oder dritte Generation von BäuerInnen würde dann zur Universität gehen und nicht mehr auf dem Feld arbeiten wollen. Dies würde dazu führen, dass Landarbeit auch nicht mehr die Haupteinnahmequelle wäre. Denn was macht man mit einem Haufen von BäuerInnen ohne Bildung? Entweder werden sie wieder in der Landwirtschaft angestellt oder sie wandern in Richtung Norden aus, was Guatemala zur Zeit am Leben erhält. Auch die weltweite Erhöhung der Lebensmittelpreise kam den BäuerInnen nicht zugute. Sie haben keine Möglichkeit, die Ernteerträge zu konservieren oder weiter zu verarbeiten. Entweder sie werden gleich verkauft oder sie vergammeln. Man sieht in den BäuerInnen einen zurückgebliebenen Teil der Gesellschaft, den man unterstützen muss, damit er nicht zugrunde geht.

Gerechtigkeit für Verbrechen des bewaffneten Konfliktes?

Guatemala, 5. Nov. Nachdem der Ex-Militär Felipe Cusanero Coj Anfang September dieses Jahres wegen erzwungenen Verschwindenlassens zu 150 Jahren Haft verurteilt wurde (siehe ¡Fijáte! 443), geht der Kampf um Gerechtigkeit für die Menschenrechtsverbrechen, die während des internen bewaffneten Konfliktes begangen wurden, weiter – mit allen Höhen und Tiefen. Zum Beispiel wurden im Prozess des Massakers im Dorf *Las Dos Erres*, bei dem am 7. Dezember 1982 über 250 Kinder, Frauen und Männer starben, vier weitere Verfassungsbeschwerden von Seiten der Angeklagten eingereicht. Insgesamt wurden somit schon 40 Beschwerden vor Gericht präsentiert. Laut Anwalt Edgar Pérez ist dies eine Strategie der Verteidigung der 17 Angeklagten (die teilweise immer noch in der Armee tätig sind), um den Prozess in die Länge zu ziehen und letztendlich zu vereiteln. In einem anderen Fall, dem des Dorfes El Jute, sagten am 28. Oktober Miguel Ángel Gallardo und Isidoro Gallardo, Überlebende des Massakers, gegen Coronel Marco Antonio Sánchez aus, der 1981 Kommandant einer Militäreinheit war. Diese Einheit wird beschuldigt, für das Verschwinden von acht BäuerInnen verantwortlich zu sein. Neben Sánchez sind drei weitere Militärkommissionäre angeklagt. Derweil wurde der Anwalt Roberto Romero, der zum Menschenrechtsprokurat gehört und Mitkläger ist, von Unbekannten bedroht. Positiv zu deuten sind Aktionen des Nationalen Wiedergutmachungsprogramms (PNR): 3000 Wohnungen sollen in 10 Departements gebaut werden und BewohnerInnen von 144 Gemeinden zugute kommen, die vom bewaffneten Konflikt betroffen waren.

Auf internationaler Ebene geht der in Spanien geführte Prozess bezüglich des Brandanschlages auf die spanische Botschaft im Jahr 1982 weiter. Der Richter Santiago Pedraz bat um einen internationalen Haftbefehl für den 1996 in Pension gegangenen guatemalteckischen Coronel José Antonio Solares. Mehrere Überlebende sagten im Sommer 2008 vor dem Nationalen Gericht in Spanien gegen ihn aus und beschuldigen ihn, die Massaker von Río Negro, Departement Baja Verapaz, im Jahr 1982 organisiert zu haben. Augenscheinlich liegt schon seit sechs Jahren ein Haftbefehl gegen Solares vor, welcher in Guatemala ausgestellt wurde. Laut Interpol Guatemala besteht ebenfalls seit Anfang des Jahres ein internationaler Haftbefehl, der von der guatemalteckischen Gerichtsbarkeit ausgestellt wurde.

Katholische Kirche ruft zum Boykott des Familienplanungsgesetzes auf

Guatemala, 06. Nov. Die katholische Kirche sprach sich gegen das Gesetz über Familienplanung aus, welches unter anderem Sexualunterricht in den Schulplan aufnimmt. Ausserdem rief sie Eltern dazu auf, gegen dieses Gesetz zu protestieren, mehr noch: zivilen Ungehorsam auszuüben, um ihr Recht zu verteidigen, über die Art der

Ausbildung ihrer Kinder zu bestimmen. Kardinal Rodolfo Quezada Toruño gab in einer Pressekonferenz bekannt, "dass die Kirche sich nicht in etwas einmische, was sie nichts angehe, sondern vielmehr Familienväter dabei unterstützt, ihre Rechte auszuüben (...) wie z.B. zu bestimmen, wieviel die Hersteller von Verhütungsmitteln und anderen Schweinereien verdienen".

Diese Einstellung wird von verschiedenen Seiten kritisiert, da die Sterblichkeitsrate während der Geburt sehr hoch ist (mehr als 300 Frauen starben dadurch im Jahr 2008), ebenso wie die Schwangerschaftsrate bei Minderjährigen (25'000 Mädchen allein diesem Jahr).

Kredite für BäuerInnen

Guatemala, 6. Nov. Die Regierung und *Plataforma Agraria* vereinbarten, dass der Landfond (*FONTIERRAS*) 10'000 Kredite à 2000 Quetzales zur Anmietung von Land vergeben wird – obwohl die BäuerInnenorganisationen ursprünglich Kredite für 35'000 Familien verlangt haben.

Gemäss Abisafas Gómez, der Leiterin der *Plataforma Agraria*, genügt diese Summe, um ein ausreichend grosses Terrain im Hochland oder an der Südküste zu pachten und die nötigen Arbeitsmittel wie z. B. Samen zu kaufen. Die Kredite seien dazu bestimmt, die Lebensmittelsicherheit der Familien zu stabilisieren, nicht aber dafür, die Ernten zu verkaufen. Somit soll der derzeitige Notstand bekämpft werden. *Plataforma Agraria* befürchtet allerdings, dass dies nicht ausreicht, und bittet deshalb um eine Verlängerung der Unterstützung für weitere zwei Jahre.

Geldmangel der Regierung

Guatemala, 7. Nov. Die Regierung gab zu, in einer Geldkrise zu stecken, die die Arbeit des Staates beeinflussen könnte, wenn man nicht schnellstens die nötigen Fonds auftreibe. Das Staatsdefizit liegt bei fast 7 Milliarden Quetzales, und die am meisten von massiven Kürzungen betroffenen Ministerien wären wahrscheinlich das Bildungs- und das Gesundheitsministerium. Die Regierung rief deshalb den Kongress auf, einen Antrag auf einen Kredit von 350 Millionen US\$ bei der Weltbank zu bewilligen. Dieser wurde in der dritten Lesung des Kongresses am 4. November bewilligt. Allerdings lässt die Endredaktion und somit das Inkrafttreten des Beschlusses auf sich warten, da die Parteien Libertad Democrática Renovada und Partido Patriota diesen Prozess blockieren.

Der Präsident Álvaro Colom sprach sich ausserdem für eine (schon länger fällige) Fiskalreform aus, die dem Staat die Rückstellung von Reserven ermöglichen würde und eine Anhebung der direkten Steuer sowie die Bekämpfung von Steuerhinterziehung mit einschliesst.

Eine Fiskalreform wird von sozialen Organisationen, aber auch von wissenschaftlichen Instituten gefordert. Das Zentralamerikanische Institut für Studien über Steuerpolitik (ICEFI) und das amerikanische Zentrum für Wirtschaftliche und Soziale Rechte (CESR) stellten am 5. November ihre Studie „Rechte oder Privilegien? Die steuerliche Förderung von Gesundheit, Bildung und Ernährung in Guatemala“ vor, in der sie dem Staat die Verletzung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte ihrer BürgerInnen vorwerfen, da dieser keine progressive, gerechte und solidarische Steuerpolitik betreibe. Daher fordern die Institute, die Steuereinnahmen zu erhöhen, um den sozialen Bedürfnissen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Ernährung nachkommen zu können. Sie fordern beispielsweise die Erhöhung der Einkommenssteuer von 5 % auf 9 %, eine einheitliche Immobiliensteuer und eine Verbesserung in der Ausstattung der Finanzaufsicht. Die Bildungsausgaben sollen in den nächsten fünf Jahren von derzeit 2 % des BIP auf 4,5 % steigen.

Der Unternehmervverband (CACIF) hält hingegen von der Anhebung direkter Steuern nicht viel und fordert statt dessen, die Steuereinnahmen dadurch zu erhöhen, dass die Schmugglerei bekämpft wird.

Tabula Rasa: sechs UNE-GouverneurInnen des Amtes enthoben

Guatemala, 3. Nov. Luis Velásquez, Staatssekretär im Präsidialamt, teilte an einer Pressekonferenz die Entscheidung von Präsident Alvaro Colom mit, gleich sechs DepartementsgouverneurInnen, allesamt Mitglieder seines Bündnisses UNE, ihres Amtes zu entheben. Das ist immerhin fast ein Viertel aller Gouverneure im Land. Erstaunlicherweise wurde niemand durch eineN ParteigenossIn ersetzt, sondern durch Angehörige anderer Parteien, von GANA, über FRG bis zur PAN.

Fünf der entlassenen FunktionärInnen wurde unter anderem vorgeworfen, nur einen Teil der für den Kauf von Hilfsgütern zugeteilten Summe an die Bedürftigen weitergeleitet zu haben bzw. die Hilfsgüter einseitig an

Parteimitglieder der UNE verteilt zu haben. Im Falle der abgesetzten Luz Maribel Ramos Peña aus Izabal wurden offiziell keine Gründe genannt. Wer jedoch über ihr Verhalten in Bezug auf die Landbesetzungen in El Estor gelesen hat (siehe ¡Fijáte! 445), wird sich seinen Teil denken können.

Dass die politische Karriere der abgesetzten GouverneurInnen mitnichten beendet ist, zeigt eine kleine Randnotiz, die besagt, dass Präsident Colom neu das Amt des Inspektors zur Kontrolle von GouverneurInnen geschaffen hat. Dessen Aufgabe ist es, den Umgang mit Finanzen und die Qualität der Arbeit der GouverneurInnen zu verifizieren. Und wer übernimmt diese Aufgabe? Der soeben wegen Unregelmässigkeiten aus seinem Amt geschasste Gouverneur von Chimaltenango, Héctor Noel López Rustríán. Der wird sicher dafür sorgen, dass in den Departements alles mit rechten Dingen zugeht ...

Hijóle, die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Verzeihung, aber ich glaube euch nicht

Ramiro Choq, der Maya-Q'eqchi'-BäuerInnenführer, der in einem zweifelhaften Gerichtsprozess zu einer achtjährige Haftstrafe verurteilt wurde, hat in diesen Tagen das folgende eindrückliche *Testimonio* aus dem Gefängnis schaffen können:

An meiner Entführung waren sechs Soldaten beteiligt. Die Leute, die mit mir im Bus reisten, sind ZeugInnen davon, dass ich in meinem Koffer einzig ein Buch, meine Agenda und die heilige Bibel bei mir trug. Ich sagte den Soldaten, dies seien meine einzigen Waffen, weil sie immer wieder danach fragten, wo ich denn die Waffen versteckt hätte ... Nachdem sie mich aus dem Bus genommen hatten, wollten sie mich eigentlich exekutieren. Kurz vor Entre Ríos verliessen sie die asphaltierte Strasse und brachten mich zu einer abgelegenen Weide. In diesem Moment gelang es mir, einen Telefonanruf zu machen, was meine Rettung war. Kurz darauf erhielten sie einen Anruf, brachten mich zurück zur Asphaltstrasse und sagten, sie würden mich nun nach Puerto Barrios zum Richter bringen. Auf dem Weg dorthin erhielt der Fahrer einen Anruf und sagte, er kenne einen versteckten Ort in Santo Tomas de Castilla, und dorthin brachten sie mich dann mit auf dem Rücken gefesselten Händen. Gegen 17 Uhr wurden meine Entführer langsam unruhig, und als endlich der Staatsanwalt (José Eduardo Cabrera) kam, schrie er sie an, weshalb sie mich nicht umgebracht hätten. Sie sagten, "Chef, der Patron rief an, als wir ihn aus dem Bus holten, und ordnete an, ihn lebend hierherzubringen". Verärgert trat Cabrera zu mir heran und schrie "Invasor, Hurensohn ...". In diesem Moment erhielt auch er einen Anruf, und darauf hin sagte der Staatsanwalt zu den Männern: "Okay, Jungs, heute hat es nicht geklappt, wir müssen die Sache auf dem gesetzlichen Weg machen."

Diese Ereignisse vom 14. Februar 2008 geschahen im Kontext des Konflikts der *Guatemaltekischen Nickelcompanie* (CGN), in der mehrheitlich ausländisches Geld steckt, und den rund 20 Q'eqchi'-Bauernfamilien des Dorfes *Las Nubes*. Die CGN beschuldigt diese Leute, ein Gelände besetzt zu haben, von dem sich das Unternehmen vor 10 Jahren zurückgezogen hatte. Das Dokument von Ramiro Choc zeigt einen in der vergangenen und aktuellen Geschichte Guatemalas wohlbekannten *modus operandi* auf: Militärangehörige im Dienste ausländischer Unternehmen, in aussergerichtliche Hinrichtungen involviertes Justizpersonal und indigene Führungspersonen, die vom Staat lächerlich gemacht und bedroht werden ... Zum Glück hat es diesmal nicht geklappt, was uns erlaubt, dieses mutige *Testimonio* des Opfers überhaupt zu kennen.

Ein Jahr und sieben Monate später, ein weiterer gewaltsamer Übergriff auf dasselbe Dorf: Am 27. September 2009 wurde ein Indígena umgebracht, vermutlich von Sicherheitsagenten der Guatemaltekischen Nickelcompanie (CGN), einem Tochterunternehmen der kanadischen HudBay Minerals INC., nachdem sich die BäuerInnen versammelt hatten als Massnahme gegen eine mögliche gewaltsame Räumung. ZeugInnen und MenschenrechtsaktivistInnen wiesen darauf hin, dass die Sicherheitsleute von CGN gewaltsam die Mitglieder des Dorfes auseinandertrieben. Mehrere ZeugInnen belegen, dass die Sicherheitsagenten den Lehrer Adolfo Ich Chamán mit der Machete attackiert und mit Schüssen umgebracht haben (*Amnesty International*, 13.10.09).

Der Lehrer Adolfo Ich Xaman, besorgt um die Sicherheit der Kinder inmitten der Auseinandersetzung, wollte sich um sie kümmern, wurde jedoch vom Sicherheitschef der CGN auf ein Grundstück des Unternehmens gezerrt und dort angeschossen (*Avancso*, 29.09.09). Ein anderes Mitglied der Sicherheitskräfte griff ihn mit der Machete an. All dies in Anwesenheit seines Sohns, der alles mitangesehen und auch die klaren Befehle von Oberleutnant Mynor Padilla, dem Chef der Sicherheitskräfte des Unternehmens, gehört hat.

Zweifellos verbreitet das Unternehmen eine andere Version des Geschehens, die nichts gemeinsam hat mit jener der ZeugInnen. Adolfo Ich war der Schwager von Ramiro Choc.

Am folgenden Morgen schossen schwerbewaffnete Männer aus dem Hinterhalt auf die Reisenden eines Busses, der Richtung Cobán fuhr. Im Bus fuhren auch VertreterInnen des Dorfes *Las Nubes*, die in der Departementshauptstadt eine Klage einreichen wollten. Bei dem Überfall wurden acht Personen verletzt; eine von ihnen verlor ein Auge, eine andere erhielt Schüsse in den Kopf. Der Verdacht fällt auf die Sicherheitsleute von CNG, die in Komplizenschaft mit den staatlichen Sicherheitskräften agierten.

Die *Internationale Kommission zur Prüfung von Menschenrechtsverletzungen gegen die Indigene Bevölkerung* dokumentierte in einem Zeitungsinserat (*Prensa Libre*, 5.10.09) unzählige Vorkommnisse dieser Art in sechs von ihr besuchten Konfliktregionen, in denen Minen oder andere Megaprojekte im Gange sind, deren Bestehen schwerwiegende Auswirkungen auf die Natur und die sozialen Strukturen der betroffenen Bevölkerung haben. Die Kommission weist darauf hin, dass die Gemeinden, die sich gegen die Präsenz dieser Unternehmen wehren, *Drohungen, Diffamierungen und Einschüchterungen erhalten, speziell die Führungspersonen ... und dass Angriffe, in vielen Fällen in Gewaltexzessen, in der Spaltung der Gemeinden, in der Kriminalisierung des legitimen Protestes, in sexuellen Übergriffen auf Frauen bei gewaltsamen Räumungen oder – tödlich enden.* Es wird auch dokumentiert wie *der Staat nicht unparteiisch ist: Wenn Opfer oder Familienangehörige die Geschehnisse bei den verschiedenen Behörden anzeigen wollen, stossen sie auf eine manifeste staatliche Parteilichkeit, und ihre Anträge oder Forderungen versinken in tiefem Vergessen. Demgegenüber werden die Klagen der Unternehmen rasch und unbürokratisch erledigt und sofort Haftbefehle gegen Mitglieder der protestierenden Gemeinden ausgestellt.*

Heute ist Allerheiligen. Von meinem Schreibtisch aus höre ich die Marimba-Klänge, welche die Lebenden ihren Toten auf dem Friedhof darbieten. Es ist der Tag, an dem man von beiden Seiten des Todes her zusammenkommt. Ich rieche das Aroma des Weihrauchs, der Blumen, des Basilienkrauts. Und eingehüllt in den stickigen Geruch des Weihrauchs umfangen mich an diesem Nachmittag die schmerzhaften Erinnerungen meines Volkes. Und ich werde von Zweifeln geplagt: Wenn die Regierungen und die Oligarchen “Hunger” sagen, was meinen sie damit? Mit Sicherheit nicht das, was die Hungrigen fühlen, denen sie ihre Lebenskräfte entreissen und ihnen Megaprojekte vorsetzen, an denen sich die ausländische Unternehmen bereichern und die nichts als ausgebeutetes Land und kranke Menschen zurücklassen.

Und wenn sie “Frieden” sagen, was meinen sie damit? Wehalb haben die Länder des Nordens so sehr auf den Frieden in unserm Amerika insistiert? Jetzt sehen wir, dass “Frieden” für sie soviel bedeutet wie “vorteilhaftes Klima für Investitionen”, das heisst, für ihre ambitionösen Ausbeutungsprogramme, die sie unter legalen und erniedrigenden politischen Konditionen ausführen.

Herr Obama hat den Nobelpreis um den Hals gehängt bekommen. Vielleicht weil die USA auf ihre kolossalen und tödlichen Kriegs- und Ölgeschäfte verzichten werden, die sie auf der ganzen Welt betreiben?

Verzeihung, aber ich glaube euch nicht.

¡Fijáte!

www.guatemala.de/Fijate

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-